

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, einschließlich der Post
2,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark.
Zinsfreie Anleihegelder. Be-
stellungen werden von allen Ver-
sehrten entgegenommen. Im
amtlichen Zeitungsergebnis unter
einer Zeitung eingetragen. Für
unsern eingegangenen Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der „Saale-Zeitung“ ge-
boten. Ferner der Schriftleitung Nr.
1340, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1135, der Bezugs-Abt. Nr. 1135.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Retouren
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. Sämtliche
Anzeigenpreise. Erlaubnis-
schein 6 Pf. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromo-
nadenstr. 12. Geschäftszeiten: 7-7.
Leben in Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Reichstagsreform.

Von einem Parlamentarier.

Die Zahl der kleinen Anfragen im Reichstag hat nunmehr die Höhe von fast 300 erreicht. Das ist für einen Zeitraum von kaum Monaten, der außerdem mehrere Monate Reichstagsferien umfaßt, und im ganzen nur 50 Sitzungen aufweist, eine ganz stattliche Leistung. Nimmt man hinzu, daß manche dieser kleinen Anfragen ausgewählte Leitartikel und Verhandlungen darstellen, daß aber auch manche Regierungswörter den Anfang von mächtigen Denkschriften aufweisen, so wird man anerkennen müssen, daß diese verhältnismäßig noch junge Kind des deutschen Parlamentarismus die Reueigung zu einem geradezu beängstigenden Wachstum aufweist. Die Verlesung und Beantwortung der kleinen Anfragen findet an jedem Dienstag und Freitag im Reichstag für die Dauer einer Stunde statt. Aber damit ist natürlich der Zeitumfang, den sie beanspruchen, in keiner Weise erschöpft. Wenn auch die geistige Anstrengung der antwortenden Abgeordneten nicht übermäßig hoch beansprucht zu werden braucht, so müssen die Regierungsbediensteten, die die unheimliche Wühlorgel der Parlamentarier zu beschreiben haben — und zwar auch dies in kürzester Zeit geschehen — ein gar nicht groß genug einschüßendes Maß von Arbeit aufbringen. Wieviel Ermittlungen, Berechnungen, Feststellungen, Nachfragen bei nachgeordneten Behörden, Schreiberarbeiten, Besprechungen und sonstige störende und zeitraubende Maßnahmen sind dazu erforderlich. Man könnte wirklich eine ganze Reihe von Referentenstellen sparen, wenn die neue Einrichtung wesentlich eingeschränkt würde. Darüber, daß eine Einschränkung unbedingt notwendig ist, sind übrigens alle Teile, Regierung, Abgeordnete und Publikum einig. Denn auch die Öffentlichkeit fähmt sich um die große Mehrzahl der geistlichen Anfragen und der auf sie gegebenen Antworten nicht weiter, und hat für sie jedenfalls nicht mehr Interesse als für die Tätigkeit des Reichstags überhaupt, die ja doch steigender Teilnahmefähigkeit verfallt.

Doch übrigens von dem Instrument der kleinen Anfragen den meisten Gebrauch die Rechtsparteien machen, die gegen seine Einführung in das deutsche Parlamentarismus den heftigsten Widerpruch erhoben hatten, sei nur nebenbei bemerkt, ist jedoch nicht ohne pittoresken Reiz. Aber auch diese Parteien verlässigen sich der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer schleunigen Reform nicht.

Nur darf diese Reform nicht auf das immerhin kleine Gebiet der kleinen Anfragen beschränkt bleiben. Auch darüber besteht kein Streit. Der ganze Mechanismus des Reichstags paßt eben nicht mehr in die Zeit und ihre praktischen Schwierigkeiten; entspricht nicht der tatsächlichen und politisch völlig veränderten Stellung des Reichstags und trägt einen großen Teil der Schuld daran, daß das Ansehen der deutschen Volksvertretung sichtbar sinkt. Erst jüngst hat kein anderer als der Reichstagspräsident selbst, aus diesem Anlaß einen Vorstoß erhoben und insbesondere auf die übermäßige Zahl und Dauer der Reden hingewiesen. Er schlägt nun, die „zweiten Garnituren“ der Fraktionsredner zu beseitigen und die Dauer der Redezeit zu beschränken. Andere wollen die Zahl der Abgeordneten herabsetzen, um auf diese Weise das Rednerangebot zu vermindern. Gemäß ist sich über all das reden. Aber letzten Endes ist es doch nur diese kleine Mittel, die hier in Anregung gebracht werden. Das Leben ist teuer, und seine gründliche Behebung wird ohne einschneidende Maßnahmen nicht möglich sein. Wege zu finden, die eine vernünftige Geschäftsabgrenzung sichern, ohne die verfassungsmäßige Stellung des Reichstags und seiner Mitglieder zu beeinträchtigen, ist eine Aufgabe, die fast ausschließlich im Interesse aller Parteien liegt, soweit sie überhaupt innerhalb und mit der Verfassung leben wollen, eine Aufgabe, die auch besonders der Deutschen Demokratischen Partei empfindlich ist. Es wäre sehr erwünscht, wenn für sich dieser Aufgabe vorzugsweise widmen würde, deren Zerschlagung nicht länger hinausgeschoben werden darf.

Italienische Freundschaften.

Der frühere italienische Ministerpräsident Ritti verteidigt sich neuerdings gegen französische Vorwürfe als großer Deutschfreundlichkeit. In einem längeren Aufsatz betont er besonders, daß er früher nicht das deutsche Volk, sondern nur den deutschen Imperialismus bekämpft habe. Heute bewundere er das demokratische Deutschland, das eine große Wohlfahrt für ganz Europa sei, dessen Gründung nur durch den Wiederanbau Deutschlands möglich wäre. Diese Auffassung habe er stets verteidigt. Die Verträge von Versailles und St. Germain seien voller Irrtümer und enthielten wegen ihrer Unbilligkeit unerfüllbare Bedingungen, die aus Rücksicht ausgeführt, nur mit Wägen angewandt würden. Niemand denke daran, Deutschland zu vergrößern, oder niemand dürfe Deutsche unterdrücken oder spalten wollen. Niemand wolle die Besiegten von der Befreiung der Europäischen Festungen, aber unterdessen sei es, daß diese Befreiungen nicht selbstig und darüber entstehende Meinungsverschiedenheiten auf anderem als diplomatischen Wege gelöst würden. — Wenn Ritti, wie er behauptet, immer diese Ansichten vertreten hat, so ist es nicht zu bezagen, daß er in seiner früheren amtlichen Stellung nicht so viel Einfluß hatte, um seine Ansichten besser durchzusetzen. Nachdrücklich können uns seine warnendsten Darstellungen praktisch nur wenig helfen. Ammerich sollen sie auch nicht völlig übersehen werden, denn es kann für die innere und auswärtige Politik Deutschlands gewiß nicht gleichgültig sein, zu wissen,

daß überall in den Siegerstaaten Stimmen hervorragender Männer laut werden, die gegenwärtige schamlose Rechts- und Vertragverletzung der Entente unter französischer Führung protestieren.

Die Befehlsbefristungen.

Die „D. Allgem. Ztg.“ schreibt: Wiederum sei in der französischen Kammer verhandelt worden, die geistliche Befehlsbefristung des Befehlsbefristungsrechts anzuzweifeln. Bei der Beantwortung der Reichstags-Interpellation in der Reichstags-Sitzung vom 6. November äußerte der Reichsminister Koch sich zu einem ähnlichen Beschlusse Milkerands, dieser habe geäußert, die Befristungen für den Ablauf der Befehlsbefristung seien zu lauen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Koch betonte, eine solche Befristung würde einer gewissen juristischen Prüfung nicht standhalten. Die Befristungen für die Befehlsbefristung des Befehlsbefristungsrechts seien von selbst von demjenigen Tage an, wo der Friedensvertrag ratifiziert wurde.

Minister und Abgeordnete.

In dem Aufsatz, den die „Neuzzeitung“ jüngst Herr Abgeordneter hat, sprach er von der „Personalanfrage“ unserer Minister und Abgeordneten, die unserer Verwaltung das Ziel und die Richtung nehmen, das sie vor der Zeit des Parlamentarismus ausgehats. Das konservative Blatt hat offenbar die Bergangenheit vergessen. Sein schlechtes Gedächtnis ist umso merkwürdiger als es doch in der Hauptsache nur in der Bergangenheit lebt und sich in sie flüchtet, weil es nur in ihr und nicht in der Gegenwart sich heimlich fühlt. Aber ganz scheint es auch in der nicht zugehörig zu sein. Denn sonst müßte die „Neuzzeitung“ wissen, daß jene vor ihr so gelobte Personalanfrage zwischen Minister und Abgeordneten keine Erfindung des abendlichen Parlamentarismus ist, sondern daß sie schon in einer Zeit ganz und gar anders, in der man von Parlamentarismus noch nicht einmal sprechen durfte, und unsere Verwaltung sogar das „Recht und Unrecht“ in höchstem Maße besaß. In den späteren Jahren des vorigen Jahrhunderts lagen im Reichstagen Abgeordnete mehr als hundert Jahre hindurch die Reichsminister Lucius, Friedenthal und andere mehr als Abgeordnete und diese Personalanfrage zwischen Minister und Abgeordnete wurde von der Regierung, an deren Spitze Fürst Bismarck stand, nicht nur nicht beantragt, sondern nur in der Öffentlichkeit sehr erwünscht. Sollte das etwa bereits eine Vorbereitung der Revolution gewesen sein?

Warum Oberhessen deutsch bleiben muß.

Je länger der schon erwähnte Vertreter des deutschfeindlichen „Telegraph“, Herr Soebmann, in Oberhessen lebt, desto mehr kommt er, offenbar gleichsam gegen seinen Willen, zu der Überzeugung, daß Oberhessen deutsch bleiben muß, nicht allein im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem von ganz Europa. In einem neuen Briefe aus Kattowitz begründet er folgende zwei Hauptpunkte: Erstens: Oberhessen vom Deutschen Reich loszureißen, hieße einem Industriegebiet seinen Lebensnerv durchschneiden und zweitens: Eine Amputation Oberhessens wäre für Deutschland und für Europa eine Katastrophe. Als Vertreter des „Telegraph“ hat Herr Soebmann sicher Gelegenheit, zu wissen, was man in Paris und London denkt und seine Versicherung, daß die Einsicht in die Wahrheit dieser beiden Punkte in Paris und London immer mehr Boden gewinnt, verdient daher Beachtung. Wie gutieren auch dokumentierten Artikel, den der „Telegraph“ anleitender Stelle abdruckt, noch folgende Fassung: Der Epitismus, womit man deutschfeindliche Volksabstimmung entgegenhält, scheint mir gerechtfertigt. Ich habe außerdem gute Gründe für die Annahme, daß man es in London und Paris nicht ungern sehen wird, wenn er sich in der Tat als gerechtfertigt erweist. Wählt Oberhessen deutsch dann darf man erwarten, daß sich die internationale Diplomatie in den nächsten hundert Jahren ebensowenig um das Bündnis zu bestimmen braucht, als sie es in den sieben Jahrhunderten nötig hatte, die hinter uns liegen. Wählen die Oberhessen aber polnisch, dann steht Europa vor einer neuen „Frage“, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird.“

Die neue Heeresuniform.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten sind neue Bestimmungen über die Bekleidung und die Ausrüstung des Reichsheeres getroffen, die mit dem 1. Januar 1921 in Kraft treten werden. Die Uniform für das Reichsheer wird im allgemeinen die gleiche sein, wie die für die vorläufige Reichsheer. Es ist mit Rücksicht auf die unangünstige Poststofflage und auf die Finanzlage des Reiches so einfach wie möglich gehalten. Es soll mit dem größten Nachdruck dahin gewirkt werden, daß die neuen Bestimmungen möglichst schnell durchgeführt werden. Im einzelnen vorliegt die Verordnung das folgende: Die Bekleidung des Reichsheeres wird die folgende zu bleiben. Als Kopfbedeckung dient der Stiefhelm, der Feldmütze (mit weichen Luchsfur) und die Dienstmütze (mit Edm von schwarzem Leder). Der Kopf wird für Mannschaften eine abnehmbare Schutzhülle, für Offiziere ein abnehmbares Schutzhelm aus. Als Vermeidungsschlag wird der frühere Hülsenknäuel (Linsknäuel als Feldknäuel Grund) wieder eingeführt. Der Mantel wird zweifarbig sein

und hat Schulterklappen bzw. Schulterstücke wie der Kopf, am Kragen befinden sich keine Abzeichen.

Die einzelnen Bekleidungsgegenstände und die Beamtenschaft des Heeres unterscheiden sich durch die Besondere. Diese sind für das Reichsheerministerium und den Generalkommando, für die Infanterie weiß, für die Jäger hellgrün, für die Kavallerie gelblich, für die Artillerie rot, für die Pioniere schwarz, für die Jagdtruppen hellblau, für die Kraftfahrzeugtruppen rot, für die Nachzügelsabteilungen hellblau, für die Beamtenschaft dunkelblau, für die Beamtenschaft dunkelblau. Diese Bekleidungsgegenstände werden getragen in den Doppelreihen am Kragen, in den Unterlagen der Schulterstücke oder in der Vorfläche der Schulterklappen, in den Vorflächen der Dienstmütze, bei Unteroffizieren und Mannschaften in den Kammern auf den Schulterklappen. Die Beamtenschaft trägt noch Nebenfarben je nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Behörden, und zwar in den oberen Unterlagen an den Schulterstücken oder in den inneren Vorflächen an den Schulterklappen sowie in Vorflächen an den Kragensparten. Die Nummer des Truppenstückes befindet sich auf der Mitte des Schulterstücks oder der Schulterklappe, und zwar für Offiziere aus gelbem Metall, für Unteroffiziere vom Feldwebel aufwärts aus weisem Metall, für Fähnriche, Unteroffiziere ohne Portepee und Mannschaften aus Wolle in der Rechtenfarbe. Die Nummern der Offiziere sind bei den Oberoffizieren 1, bei den Gefreiten 2, bei den Obergefreiten 3 Treifenweil (hellgrün) auf dem linken Oberarm. Unteroffiziere tragen die silberne Trefle am Kragensparten an den Schulterklappen. Die Dienstgradabzeichen der Offiziere bleiben im wesentlichen dieselben wie bisher. Die Abzeichen von Offizieren und Mannschaften weiß über der Rechtenfarbe eine Korde in den Farben der Rechtenfarbe. Die Korde ist auf der Truppenstück angebracht. Durch besondere Abzeichen soll im Reichsheer die Unterscheidung an die frühere deutsche Rechtenfarbe werden; nähere Bestimmungen darüber, in welcher Weise das geschehen soll, sollen später erlassen werden. Als Erkennungszeichen werden grüne Borten auf der rechten Seite des linken Vermeidungsschlages getragen. Friedensorden dürfen im Dienst nicht getragen werden, sondern nur im Kriege erworbene Orden und Ehrenzeichen, sowie Rettungsmedaillen, Verdienstorden, Dienstauszeichnungen und Kriegserzeichen.

Unter den Ausrüstungsgegenständen fällt der Helm (Licht) in Zukunft weg. Die Sandhals sollen abgemindert werden. Die Seitenmäntel des Reichsheeres sind einheitlich für alle Waffengattungen das gleiche. Offiziere und Unteroffiziere dürfen jedoch im Kleinfeld und außer Dienst das lange Offizierskleid getragen untergeordnet tragen. Die Kavallerie kann außer Dienst den Artilleriekleid tragen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollen alle zur Selbstvertheidigung verpflichteten Angehörigen des Reichsheeres Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände des früheren Heeres aufbewahren dürfen, wenn sie diese Stücke im früheren Heere tragen durften und die Abzeichen der neuen Uniform an ihnen angebracht sind.

Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Staatssekretär Dr. Freund.

Das gegen den Staatssekretär Dr. Freund eingeleitete Disziplinarverfahren ist, wie der „Dena“ am amtlichen Seite mitgeteilt wird, an Anordnung des Ministers des Innern eingeleitet worden. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut: „Das Ergebnis der Voruntersuchung hat die Bestätigung des Staatssekretär Dr. Freund habe keine Amtsmisslingen dadurch veranlaßt, daß er in den Tagen des sog. Kapp-Zugzuges seinen Dienst der Ministerpräsidenten-Regierung, Kapp-Zugzug, und unmittelbar darauf einer instablen Regierung, Kapp-Zugzug, beizugehen, an dem er teilgenommen hat, in keine Weise als begründet angesehen. Aus den Befundungen des Geheimen Regierungsrates Dr. Doye geht vielmehr hervor, 1. daß die neuen Machthaber nur vornehmlich auf die Dienste Dr. Freundes verzichtet und ihn dadurch gar keine Möglichkeit gelassen hatten, seine Dienste ausdrücklich anzubieten, 2. daß Dr. Freund die Legitimation der neuen Machthaber ausdrücklich in Zweifel gezogen und 3. seine Dienste unter dem Protest eingestellt hat, daß er lediglich der Gewalt weiche.“

Auch die eidesstattlichen Versicherungen des Ministerialrats Dr. Badt, der bei dem letzten Teil des zwischen dem Staatssekretär Dr. Freund und dem Geheimen Regierungsrat Dr. Doye geführten Gesprächs als Zeuge zugegen war, ergeben, daß Dr. Freund sich bis zur letzten Minute um die Bekleidung als der rechtmäßige Vertreter des verfassungsgemäß eingesetzten Ministers trachtete und in keiner Weise die neuen Machthaber anerkannt hat. Wenn demgegenüber in der Aussage des Herrn Staatssekretär Dr. P. v. d. d. von der Rede ist, daß Herr Dr. Freund Herr von Jagow, der sich das Amt des Ministers des Innern angeordnet hatte, habe fragen lassen, ob er auf seine Weiterarbeit Wert lege, so ist darauf am deswillen nicht besonderes Gewicht zu legen, weil dieser Aussage nicht eigene Wahrnehmungen zu Grunde liegen, sondern Mitteilungen des Staatssekretär Dr. Freund selbst, bei denen Herr v. d. d. n. in der Wiederholung oder in der Annahme nicht ausgeschlossen sind. Fernerliche Befunden die beiden Staatsminister Dr. Doye und Dr. P. v. d. d. daß ihnen nach dem Abgang des Dr. Freund den Bergang so geschildert hat, wie er aus Darlegungen der Zeugen Dr. Doye und Dr. Badt hervorsteht, nämlich, daß Dr. Freund unter Protest gegen den Gewalttätigen Ministerium verlassen hat.

Die Behauptung, daß Dr. Freund seine Dienste einer

